

Mehr als Schuldabwehr

Zu den Ursprüngen des linken Antizionismus und Israelhasses

Olaf Kistenmacher

Der Staat Israel besteht seit dem 5. Ijar 5708, nach gregorianischem Kalender seit dem 14. Mai 1948. Es könnte deswegen so scheinen, als gäbe es auch den israelbezogenen oder antizionistischen Antisemitismus erst seit diesem Datum. Mit Blick auf die extreme Rechte ist diese Annahme offensichtlich falsch. Lange vor der Gründung des jüdischen Staates richtete sich der völkische Judenhass ebenso gegen den „Zionismus“ wie gegen alles, was der extremen Rechten als „jüdisch“ galt. In einer seiner ersten großen Reden widmete sich Adolf Hitler 1920 ausführlich der Frage, wie „der *Jude* zur Staatenbildung“ stehe (zit. n. Holz 2011: 389). Er erklärte mit einer offen rassistischen Herleitung, „Juden“ seien aufgrund ihres angeblichen Wesens unfähig, einen eigenen Staat zu schaffen. Der spätere Chefideologe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Alfred Rosenberg, fasste in seinem schmalen Buch mit dem bemerkenswerten Titel *Der staatsfeindliche Zionismus* 1922 den nationalsozialistischen Standpunkt zusammen. Wie Hitler behauptete Rosenberg, ein jüdischer Staat sei unmöglich, da „Juden“ „auf keinem Gebiet des Wissens, der Kunst, des Lebens [...] wirklich schöpferisch“ wären. Deswegen könne, wenn im Nahen Osten doch so etwas wie ein jüdischer Staat entstehen sollte, dieses Gebilde kein wirklicher „Staat“ sein – Rosenberg benutzte das Wort in Bezug auf eine zionistische Staatsgründung nur zitierend –, sondern wäre nur „ein neues Aufmarschgebiet für Weltbewucherung“ (zit. n. Nicosia 2012: 96).

Wenn im 21. Jahrhundert eine neonazistische Partei wie Die Rechte im Europawahlkampf 2019 mit einem Plakat „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück“ gegen den jüdischen Staat hetzt, knüpft sie an Positionen an, die lange vor der israelischen Staatsgründung in der extremen Rechten bestanden. Bei der Aussage „Israel ist unser Unglück“ nutzt die rechtsextreme Splitterpartei das Wort „Israel“ nicht nur, um auf codierte Weise auf den Slogan antisemitischer Bewegungen des 19. Jahrhunderts anzuspielen, den die NSDAP übernommen hatte und nach dem „die Juden“ „unser Unglück“ zu sein hatten (Berg 2023: 19). Wie der Rückblick auf Hitler und Rosenberg

deutlich macht, gehörten im Weltbild der völkischen Rechten die Worte „Israel“, „Zionismus“ und „die Juden“ immer schon zu der antisemitischen Vorstellung einer globalen Verschwörung.

Dass diese Begriffe im antisemitischen Weltbild unauflöslich miteinander verbunden waren, heißt aber nicht, dass Mitglieder der NSDAP nicht auch auf die reale Situation im Nahen Osten Bezug nehmen konnten. Im Juni 1930 erklärte ein nationalsozialistischer Abgeordneter im Reichstag, er und seine Partei hegten nicht gegen alle „Semiten“ eine Abneigung. Im Gegenteil seien ihnen manche „Semiten“ sogar sympathisch. Abweichend von dem sonstigen antisemitischen Gebrauch des Wortes bezeichnete er „Araber“ ebenfalls als „Semiten“. Diese wären gegenwärtig dabei, die „eingedrungenen Hebräer aus Palästina zu entfernen“, erklärte das NSDAP-Mitglied Franz Stöhr. Diese Vertreibung sei aus nationalsozialistischer Sicht zu begrüßen (zit. n. Dietrich 2021: 213).

Im weiteren Verlauf dieses Beitrags wird deutlich werden, auf welche Ereignisse sich der NSDAP-Reichstagsabgeordnete 1930 bezog. Jenseits der extremen Rechten, so stellen es viele Studien zum israelbezogenen Antisemitismus dar, soll es in der Haltung zum „Zionismus“ hingegen einen Bruch gegeben haben. Zum Beispiel soll in der politischen Linken erst nach 1945 ein antizionistischer Antisemitismus entstanden sein. Klaus Holz schreibt in *Die Gegenwart des Antisemitismus*, der „antizionistische Antisemitismus“ sei erst „in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion entwickelt und zeitgleich in der arabischen Welt verbreitet“ worden (Holz 2005: 82), obwohl er auf Traditionslinien bis ins 19. Jahrhundert verweist. Alle Studien zum Antisemitismus in der Linken, die sich von der Frage leiten lassen, unter welchen Umständen „Israelkritik“ antisemitisch würde, folgen explizit oder implizit dieser Vorstellung (Schmidt 2010; Stein 2011; Ullrich 2013). Bekannt ist, dass die Mehrheit der anarchistischen, kommunistischen und sozialistischen Linken bis in die 1930er Jahre „den Zionismus“ ablehnte und nur eine Minderheit von dieser Haltung abwich. Die Ablehnung des Zionismus mag, so wird in diesen Studien argumentiert, aus heutiger Sicht politisch oder ethisch falsch oder unbegründet gewesen sein. Antisemitisch sei sie jedoch nicht gewesen.

Diese Auffassung wird im vorliegenden Beitrag am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) der Weimarer Republik hinterfragt. Anhand des geläufigen 3D-Tests (Bernstein 2020: 203–204) wird überprüft, inwieweit die KPD bereits Ende der 1920er Jahre den Zionismus delegiti-mierte, dämonisierte und nach anderen Maßstäben beurteilte als andere nationale Befreiungsbewegungen, also *double standards* anlegte. Wenn das

der Fall sein sollte, betrifft das auch die Frage nach den Ursachen des Israelhasses. Denn wenn es in der Linken bereits vor 1945 einen Antizionismus mit antisemitischen Zügen gab, dann müssen zu dem Motiv der Erinnerungs- und Schuldabwehr, das erst nach 1945 entstanden ist und oft als Ursache für den linken Israelhass angeführt wird, weitere Motive hinzukommen, die es schon zur Zeit der Weimarer Republik gegeben hat.

Erinnerungs- und Schuldabwehr in der radikalen Linken nach 1967

Eines der auffälligsten Merkmale des israelbezogenen Antisemitismus ist die Gleichsetzung von Israel mit Nazi-Deutschland. Deswegen konzentrieren sich viele Studien zum Israelhass in der Linken auf das Motiv der Erinnerungs- und Schuldabwehr. In der Folge des Sechstagekriegs 1967, erklärt Martin W. Klope in seiner bahnbrechenden Untersuchung *Israel und die deutsche Linke*, sei der in „der westlichen Welt beispiellose Prozionismus der bundesdeutschen Linken“ in einen Hass auf den jüdischen Staat umgeschlagen. Sowohl die prozionistische Haltung in den Jahren zuvor als auch die antizionistische Position nach 1967/68 seien durch das Bedürfnis motiviert, in „eine politische Identität“ zu fliehen, die nicht mehr durch die Shoah belastet sei (Klope 1992: 186). Holger J. Schmidt schreibt in seiner Studie *Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax“*, die Wahrnehmung der Nazi-Vergangenheit habe bei der Genese des linken Antizionismus eine „Schlüsselstellung“ eingenommen (Schmidt 2010: 8). Ingrid Strobl, in den 1970er Jahren selbst im Umfeld der Revolutionären Zellen/Roten Zora aktiv, schildert in ihrer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der Linken 1992 eindrücklich, was dabei psychologisch passiert:

Wie unbewußt auch immer, durch die israelische Politik gegen die Palästinenser fühlten sich viele deutsche Linke befreit von jeder Verantwortung, der sie sich als Nachkommen womöglich stellen mußten. Da jedoch die Ungeheuerlichkeit der Shoah selbst für diejenigen, die sich nie näher mit ihr konfrontiert haben, so ohne weiteres nicht zu ignorieren ist, mußte sie auf Teufel komm raus relativiert werden. Zwanghaft wurde alles, was Israelis Palästinensern antaten, mit dem verglichen, was Deutsche den Juden angetan haben. (Strobl 1995: 110)

Für den Erklärungsansatz, wonach der linke Israelhass maßgeblich durch Schuldabwehr motiviert sei, gibt es seit den späten 1960er Jahren zahlrei-

che Belege. Anfang November 1969 legte ein Mitglied der linksradikalen Gruppe Tupamaros Westberlin/Schwarze Ratten einen Sprengsatz in der Jüdischen Gemeinde in Berlin, dessen Zünder zum Glück versagte. In ihrem Bekennerschreiben, veröffentlicht in einer Szenezeitung, verwahrten sich die Tupamaros Westberlin dagegen, ihren Anschlagversuch oder das Beschriften „jüdischer Mahnmale“ als „rechtsradikale Auswüchse“, also als antisemitisch, zu klassifizieren. Sie wollten ihre Tat vielmehr als antifaschistischen Akt verstanden wissen. Unter Verweis auf die aktuelle israelische Politik warfen sie den „Juden“ vor, mittlerweile selbst zu „Faschisten“ geworden zu sein. Das Datum ihres Anschlags – eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Reichspogromnacht – und der Ort: die jüdische Gemeinde – waren deswegen bewusst gewählt:

Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen. (Zit. n. Kraushaar 2005: 48)

Beispiele für solche Gleichsetzungen von Israel und Nazi-Deutschland sind in der Geschichte der westdeutschen Linken seit 1967 zahllos. Aber die Abwehr von möglichen Schuldgefühlen und das Bedürfnis, die Shoah zu relativieren, können nicht die einzigen Motive für den Israelhass sein. Die Muster des späteren antizionistischen Antisemitismus wurden bereits zur Zeit der Weimarer Republik geprägt, von der ersten legalen kommunistischen Partei Deutschlands (Globisch 2013: 262f.).

Antizionismus der Kommunistischen Internationale und der KPD bis 1933

1920 beschloss der Zweite Kongress der Kommunistischen Internationale (Komintern), auf der ganzen Welt Bündnisse zu schmieden mit allen „nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen“, auch wenn diese keine kommunistische oder sozialistische Politik verfolgten. Allein dass die jeweiligen „Völker“ vom westlichen Kolonialismus und Imperialismus unterdrückt würden und gegen ihn kämpften, reichte aus Sicht der Komintern aus, um sie zu unterstützen. Die Gemeinsamkeit zwischen dem Proletariat und den „Völkern“ der Dritten Welt brachte auch die Erweiterung des berühmten

Aufrufs aus dem *Manifest der Kommunistischen Partei* auf den Punkt, die in den 1920er Jahren in der Komintern üblich wurde: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch“, wie zum Beispiel ein Text des Komintern-Vorsitzenden Grigorij Sinowjew im Zentralorgan der KPD, *Die Rote Fahne*, betitelt war (*Die Rote Fahne* 153, 8. Juli 1925).

Von dieser Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen war allerdings der Zionismus in all seinen Facetten ausgenommen. Dazu beriefen sich die in der Komintern zusammengeschlossenen Parteien auf Aussagen von Wladimir I. Lenin und Josef W. Stalin. In der *Roten Fahne* lautete die erste Überschrift, die das Wort „Zionismus“ enthielt: „Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus“. Obwohl die KPD nicht leugnen konnte, dass Jüdinnen:Juden in Europa und Russland unterdrückt wurden und dass sich auch deswegen eine nationale Bewegung von Jüdinnen:Juden gebildet hatte, wurde eine solche Begründung als „ideologische[s]‘ Mäntelchen“ abgetan:

Der Zionismus ist unter der Maske einer ‚wohltätigen‘, die durch Pogrome usw. verfolgten armen Juden schützende, ihnen eine ‚Heimstätte‘ verschaffende Bewegung, in Wirklichkeit ein Werkzeug des englischen Imperialismus. [...] Das ‚ideologische‘ Mäntelchen des Zionismus deckt die blutige Fratze gemeinster kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung. (*Die Rote Fahne* 168, 25. Juli 1925)

Gefördert werden sollte im britischen Mandatsgebiet Palästina allein der arabische Nationalismus. Was sich die Komintern davon erhoffte, brachte der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Palästinas, Joseph Berger, in seinen Lebenserinnerungen auf die Formel:

The nationalism of colonial populations ought [...] to be encouraged and used as a weapon against imperialism. They could be weaned from it later, with the growth of the proletariat and of political life. (Berger 1971: 100)

Dabei war der Komintern bekannt, dass zu dem arabischen Nationalismus in Palästina auch ein offener Judenhass gehörte und es bereits Anfang der 1920er Jahre zu Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung gekommen war. Ein Mitglied der KP Palästinas berichtete 1923 im Organ der Komintern, der *Internationalen Pressekorrespondenz* (*Inprekorr*):

Am 1. Mai 1921 veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration, die von den Mitgliedern der gelben Gewerkschaften angegriffen wurde. Die

eingeborene Bevölkerung, deren Pogromstimmung von den englischen und französischen Provokateuren und von ihren eigenen Nationalisten schon lange geschürt wurde und die den Sinn der Demonstration nicht begriff, stürzte sich auf die Demonstranten und ging dann zu einem allgemeinen Pogrom gegen die Juden über. (Zit. n. Dokumente 1997: 4)

Die proarabische und antizionistische Haltung, welche die Komintern und damit auch die KPD vertraten, wirft aus einer marxistischen Perspektive mehrere Fragen auf. Erstens lässt sich fragen, warum eine kommunistische Partei überhaupt Nationalismus oder eine nationale Bewegung gutheißen und unterstützen soll und warum sie sich nicht auf die Klassegegensätze im Nahen Osten konzentriert. Denn seit dem *Manifest der Kommunistischen Partei* von Karl Marx und Friedrich Engels war der Anspruch doch, dass das Proletariat, das „kein Vaterland“ habe, in einer internationalistischen Haltung die nationalen Differenzen überwinde. So betont Musa Budeiri in seiner Studie zur KP Palästinas:

The very existence of a communist movement in Palestine uniting within its ranks Arab and Jewish members pointed to a possible future, at variance with both nationalism and capitalism. In its short existence, the Palestine Communist Party (PCP) succeeded in bringing together Arab and Jewish workers on a platform of class solidarity. (Budeiri 2010: xiii)

Zweitens ist die Einseitigkeit bemerkenswert. Wenn der Marxismus-Leninismus in nationalen Bestrebungen unbedingt ein progressives Potenzial erkennen wollte, stellt sich die Frage, warum von vielen verschiedenen zionistischen Bewegungen keine ein solches Potenzial in sich tragen sollte. Diese Widersprüchlichkeit wurde im Spätsommer 1929 unübersehbar, als es im britischen Mandatsgebiet zum bis dahin größten Gewaltausbruch gegen Jüdinnen:Juden kam.

Die pogromartigen Ausschreitungen in Palästina im Spätsommer 1929

Ab Mitte August 1929 attackierte ein Mob aus christlichen und muslimischen Araber:innen jüdische Wohnviertel und ermordete im Lauf von rund zwei Wochen 133 Jüdinnen:Juden. Im selben Zeitraum wurden auch 116 Araber:innen getötet, in vielen Fällen allerdings vom britischen Militär oder von der Polizei, die versuchten, die Gewalt zu stoppen (Budeiri 2010: 18–30; Krämer 2003: 264–273). Es gibt einige Hinweise, dass die Angriffe länger vorbereitet worden waren. So hatten christliche Bewohner:innen der

attackierten Wohngebiete „vor den Unruhen ihre Häuser mit einem Kreuz gekennzeichnet“, um sich zu schützen, wie Tom Segev in *Es war einmal ein Palästina* schreibt (Segev 2005: 362). Eine Gruppe namens Arabische Studenten Jerusalems hatte zuvor Flugblätter verteilt, in denen es hieß:

Vergesst nicht, dass der Jude Euer starker Feind und von alters her der Feind Eurer Ahnen ist. [...] Er, der Jude, will Euch nun abschlachten, wie er es gestern getan. Seid Euch bewusst, dass der beste Weg, Euch selbst und Euer Vaterland aus dem Würgegriff des fremden Eindringlings und gierigen Juden zu retten, darin besteht, dass Ihr ihn boykottiert. (Zit. n. Kiefer 2002: 70)

Entsprechend richtete sich die Gewalt nicht allein gegen neuere zionistische Siedlungen. In Hebron und Safed wurden vor allem orthodoxe Jüdinnen und Juden, deren Gemeinschaften lange vor der zionistischen Besiedlung bestanden hatten, die Ziele von Angriffen, die unter Parolen wie „Schlachtet die Juden!“ geführt wurden (Kiefer 2002: 68). Joseph Berger berichtete in der *Inprekorr* eindrücklich über das Ausmaß der Gewalt. Unter der Überschrift „Das Blutbad im ‚Heiligen Lande‘“ schrieb er, aufgehetzte und fanatisierte „Massen mohammedanischer Bauern“ hätten „sengend und mordend vor allem die unbewehrten armen jüdischen Siedlungen“, Synagogen und Schulen angegriffen und „furchtbare Blutbäder“ angerichtet. „In der Talmudschule von Hebron wurden 60 jüdische Schüler – auch Kinder – getötet und verstümmelt. In der Kolonie Moza wurde eine jüdische Familie samt Frau und Kind abgeschlachtet.“ (Zit. n. Dokumente 1997: 30)

Dass sich die Gewalt gegen Jüdinnen:Juden richtete, schrieb die Tageszeitung der KPD selbst. Am 28. August 1929 berichtete die *Rote Fahne* auf ihrer Titelseite über die „Angriffe der Araber“ auf „die jüdische Bevölkerung“. Wenn es Anfang der 1920er Jahre zu einer solchen Gewalt in Polen oder Russland gekommen und sie von der politischen Rechten ausgegangen wäre, hätte die *Rote Fahne* fraglos von einem Pogrom geschrieben. In diesem Fall nicht. Sie erklärte unter der Überschrift „Der Araberaufstand wächst!“:

Besonders charakteristisch für die Entwicklung dieser Bewegung ist, daß die Angriffe der Araber nicht auf die jüdische Bevölkerung beschränkt bleiben, sondern sich gegen ihren Hauptfeind, den englischen Imperialismus, zu richten beginnen. [...] Die Entwicklung der arabischen Aufstandsbewegung, die noch zum großen Teil unter dem Einfluß der

Effendis (Großgrundbesitzer) steht, hat, wie die letzten Meldungen zeigen, an Umfang zugenommen und richtet sich, wie die Ueberfälle auf *Regierungsgebäude* und *Polizeistationen* sowie *englische Truppen* beweisen, folgerichtig gegen die Hintermänner des Zionismus in Palästina, die *englischen Imperialisten*. Sie birgt in sich die Möglichkeit der Entfachung der *gesamtarabischen Aufstandsbewegung gegen die englischen imperialistischen Unterdrücker*. Die Schläge, die die arabischen Eingeborenen gegen die *zionistische Bourgeoisie* und den *zionistischen Faschismus* in Palästina führen, sind gleichzeitig Schläge gegen *England*. (Die Rote Fahne 164, 28. August 1929)

Weiter hieß es: „Das jüdische Proletariat Palästinas muß Schulter an Schulter mit den arabischen Werktätigen den Kampf gegen ihre[n] gemeinsamen Klassenfeind, den *englischen Imperialismus* und die mit ihm auf Leben und Tod verbundene jüdische Bourgeoisie führen.“ (Ebd.)

Der Komintern-Vertreter für Palästina, Bohumír Šmeral, versuchte kurz darauf, in einer Geheimsitzung des Exekutivkomitees der Komintern deren Vertreter:innen „vom antisemitischen Charakter der Ereignisse zu überzeugen. Ohne Erfolg.“ Die Komintern blieb dabei, den Gewaltausbruch als „antiimperialistischen Aufstand“ zu bewerten (Grigat 2014: 69). In Deutschland kam die Frage, ob es sich bei der Gewalt um ein Pogrom handelt, 1931 noch einmal auf, als das KPD-Mitglied Otto Heller in seinem Buch *Der Untergang des Judentums* seine eigene Sichtweise mit der Parteilinie zu vereinen suchte. Er schrieb, es sei in Palästina im August 1929 „zum blutigen Araberaufstand, zu großen Judenpogroms“ gekommen (Heller 1931: 163). Dass Heller die Gewalt als Pogrom bezeichnet hatte, hielt ihm der Rezensent der *Roten Fahne* vor. Heller fügte sich und strich aus der zweiten Auflage, die 1933 erschien, die Worte „zu großen Judenpogroms“ (Kistenmacher 2016: 277).

Dass die *Rote Fahne*, wie zitiert, von der arabischen Bevölkerung als „Eingeborenen“ schrieb, macht eine weitere Kommentierung nötig. Die Bezeichnung zeigt, dass die proarabische Haltung nicht von einem latenten Rassismus frei war. Zwar war die Formulierung positiv gemeint; sie sollte bedeuten, dass das Land Palästina dem arabischen Teil der Bevölkerung quasi von Natur aus gehören würde. Aber sie markierte zugleich einen Wesensunterschied zu den Mitgliedern der KPD oder Deutschen allgemein, die nie als ‚deutsche Eingeborene‘ bezeichnet wurden.

Auffällig ist die klare Gegenüberstellung, die sich durch den ganzen Artikel zog und die Parteinahme der KPD prägte: auf der einen Seite die

arabische Bevölkerung, auf der anderen Seite „die englischen Imperialisten“, „jüdische Bourgeoisie“ und „zionistischer Faschismus“. Für die politische Bewertung sollte es aus Sicht der KPD keine Rolle mehr spielen, dass die arabische Bewegung „noch zum großen Teil unter dem Einfluß der Effendis (Großgrundbesitzer)“ stand. Klassengegensätze innerhalb der arabischen Bevölkerung galten als letztlich unbedeutend. Wichtig war, dass der „Ara-beraufstand wächst“.

Die Rede von einem „zionistischen Faschismus“ wurde durch die Gestaltung der Titelseite noch verschärft. Illustriert war der Beitrag mit einem Foto, das einen uniformierten Mann zeigt und unter dem zu lesen war: „Stahlhelmlümmel? Nein, ein Mitglied der jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem“. So wurde ein Zusammenhang hergestellt zu der eigentlichen Headline der *Roten Fahne*: „Faschisten morden in Berlin“. In Deutschland, so das Bild, werden Arbeiter:innen von Schlägertrupps der NSDAP attackiert und getötet, in Palästina kämpfen die Araber:innen gegen einen „zionistischen Faschismus“, und zudem existiere im Nahen Osten eine „jüdisch-faschistische Legion“, die von den rechtsextremen Stahlhelm-Verbänden in Deutschland kaum zu unterscheiden sei (abgedruckt in Kistenmacher 2016: 274).

Die Darstellung der *Roten Fahne* wurde im Organ der sogenannten rechten Opposition der KPD, der KPD-Opposition um den früheren Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und den früheren Chefredakteur der *Roten Fahne*, August Thalheimer, deutlich kritisiert. Ihre Wochenzeitschrift *Gegen den Strom* kommentierte Anfang September 1929, die *Rote Fahne* schreibe „unterschiedslos von den Juden, die sie natürlich alle als zionistische Faschisten bezeichnet und die sie den Arabern, die natürlich alle ‚Revolutionäre‘ sind, entgegenstellt“ (*Gegen den Strom* 36, 7. September 1929). Die KPD blieb allerdings bei ihrer Sichtweise. 1932 veröffentlichte das Zentralkomitee seine erste und einzige Grundsatzerklärung zur sogenannten „Judenfrage“ und stellte für die Mitglieder der KPD klar: „Die Kommunisten bekämpfen den Zionismus genauso wie den deutschen Faschismus [...]“ (Zentralkomitee 1932: 284). Die Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus implizierte vor 1933 noch nicht, was damit seit 1945 gesagt wird. Sie bedeutete allerdings schon eine haltlose Dämonisierung des Zionismus. Denn wie in der *Roten Fahne* zu dieser Zeit ständig zu lesen war, ging von der NSDAP eine Gefahr für Leib und Leben von KPD-Mitgliedern aus. Unnötig zu sagen, dass die kleinen zionistischen Gruppierungen in Deutschland keine auch nur annähernd vergleichbare Gefahr für die KPD darstellten.

Zum Unterschied zwischen Zionismus und Jüdinnen:Juden

Bei einer Zentralkomiteesitzung am 24./25. Oktober 1929 schwor Hermann Remmele, unter Ernst Thälmann mit Heinz Neumann an der Spitze der KPD, seine Genoss:innen noch einmal auf die antizionistische Position ein. Dabei ging er auch auf die KP Palästinas ein. „Unsere Partei“, führte er aus, habe „in Palästina 160 Mitglieder, davon 30 Araber, die anderen 130 Zionisten“. An seinen Ausführungen war, wie der Historiker Mario Keßler prägnant kommentiert, „nahezu jedes Wort falsch“ (Keßler 1994: 60). Die jüdischen Mitglieder der KP Palästinas waren keine „Zionisten“, sie engagierten sich nicht für einen jüdischen Staat und förderten stattdessen den arabischen Nationalismus.

Außerdem vereinte die KP Palästinas arabische und jüdische Mitglieder. Remmele leitete aus seiner falschen Darstellung allerdings eine klare Parteinahme für die Seite der „Araber“ ab. Aktuell könne die KP Palästinas

nicht eine solche Einstellung haben [...], wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber. (Zit. n. Keßler 1994: 60)

Als das Zentralkomitee (ZK) 1932 erklärte, die Mitglieder der KPD würden den Zionismus „genauso wie den deutschen Faschismus“ bekämpfen, begründete es diese Parallelisierung damit, dass der Zionismus eine „Volksgemeinschaft“ schaffen würde:

[...] denn auch er will den Proletarier vom Proletarier trennen und sie, sich auf besondere Berufung oder auf besondere geheimnisvolle Gesetze der sozialen Struktur der Juden berufend, in einer Volksgemeinschaft mit den jüdischen Ausbeutern zu Instrumenten des britischen, des amerikanischen, des französischen und auch des deutschen Imperialismus, zu Instrumenten im Kampf gegen die koloniale Befreiungsbewegung der Araber machen. (Zentralkomitee 1932: 284)

Doch die KPD nivellierte in ihrer proarabischen und antizionistischen Positionierung ebenfalls die Klassenunterschiede. Statt von einem Klassenkampf innerhalb der arabischen und der jüdischen Community schrieb die *Rote Fahne* von zwei ethnischen Gruppen, von der die eine, wie Remmele erklärte, „das revolutionäre Element“ verkörperte, während die andere die Bourgeoisie und den Faschismus repräsentieren sollte.

Die Beiträge zur Situation im Nahen Osten korrespondierten mit anderen Artikeln in der *Roten Fahne*, die sich auf die aktuelle Situation in Deutschland bezogen. Zu dieser Zeit spielte die Tageszeitung der KPD nicht nur wiederholt die Gefahr herunter, die vom Judenhasse der NSDAP ausging. Sie unterstellte auch immer wieder eine angebliche Nähe oder Beziehung zwischen „jüdischem Kapital“ und Nationalsozialismus. Bereits die Überschriften machten das oft deutlich: „Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda“ (*Die Rote Fahne* 174, 29. Juli 1930); „Ein Nazi spitzelt für den jüdischen Chef“ (*Die Rote Fahne* 71, 25. März 1931); „Hitler proklamiert die Rettung der reichen Juden“ (*Die Rote Fahne* 208, 15. November 1931); „Nazis für jüdisches Kapital“ (*Die Rote Fahne* 182, 7. September 1932).

Sogar in dem Beitrag „Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel“, der eigentlich die Absicht verfolgte, der antisemitischen Hetze eine nüchterne Schilderung der Realität armer Jüdinnen:Juden im Berliner Scheunenviertel entgegenzusetzen, hieß es gleich zu Beginn, die antisemitische Gewalt werde von Personenkreisen begangen, die „von dem jüdischen Großkapital gut“ finanziert würden:

Die Pogrome, die diese von dem jüdischen Großkapital gut bezahlten Horden durchführen, sind Mörderfeldzüge gegen arme Proletarier, die nicht nur in dem tiefsten Elend dieser kapitalistischen Gesellschaft ihr Dasein fristen, sondern Sklaven einer mittelalterlichen Zurückgebliebenheit sind. (*Die Rote Fahne* 183, 19. September 1929)

Die ethnifizierte Deutung der Konflikte im Nahen Osten, die Remmele so klar formuliert hatte, hatte für die KP Palästina praktische Konsequenzen. Wiederholt war sie von der Komintern aufgefordert worden, sich zu „arabisieren“. 1930 ernannte die Komintern ein arabisches Führungsgremium; viele der ehemals führenden jüdischen Mitglieder wurden nach Moskau bestellt, um sie politisch kaltzustellen. Die Forderung der „Arabisierung“ ging mit dem Glauben einher, es würde, wie es das ehemalige Mitglied der KP Palästinas Leopold Trepper später in seinen Erinnerungen schrieb, ausreichen,

in den verantwortlichen Organen einfach die Juden durch Araber zu ersetzen, um automatisch stärkeren Zulauf von Moslems zu haben! [...] Bei dem Versuch, die Weisungen von oben buchstabengetreu zu befolgen, wurde einer unserer Kameraden in der Nähe von Haifa gelyncht. (Trepper 1975: 33f.)

Was an dem Antizionismus noch problematisch war, wurde erst in der Illegalität thematisiert. In der kommunistischen Zeitschrift *Rundschau* stellte Walter Ulbricht nach dem nationalsozialistischen Pogrom im November 1938 fest, die NSDAP würde „gegen die Juden in Palästina“ hetzen, um den „faschistischen Einfluß unter den Arabern zu verstärken“ (zit. n. Klope 1990: 28). Dass sich die Nazis in Bezug auf den Nahen Osten mit „den Arabern“ solidarisch gaben, war allerdings, wie eingangs geschildert, schon 1930 erkennbar.

In den Publikationen der KPD wurde im Allgemeinen zwischen „Juden“ und „Zionismus“ unterschieden. Doch wie die Stellungnahmen zu Palästina zeigen, wurde dieser Unterschied verwischt, wenn es um jüdisches Leben im Nahen Osten ging. Selbst die jüdischen Mitglieder der Schwesterpartei galten Remmele als „Zionisten“, was sie nicht waren. Dass verschiedene Strömungen im Zionismus existierten, spielte für die Bewertung kaum eine Rolle. Dass es Jüdinnen:Juden gab, die weiterhin in Palästina leben wollten, ohne einen jüdischen Staat aufzubauen, wurde in der *Roten Fahne* kaum erwähnt. Dass ein arabischer Mob im Spätsommer 1929 die „jüdische Bevölkerung“ attackierte, hielt die KPD nicht davon ab, in der Gewalt nichts anderes als den Auftakt einer antiimperialistischen arabischen Aufstandsbewegung zu sehen. Sie sprach *dem* Zionismus jegliche Berechtigung ab, sie beurteilte die jüdischen Nationalbewegungen nach ganz anderen Maßstäben als andere Nationalbewegungen, und sie dämonisierte das, was sie als „Zionismus“ bezeichnete. Das gipfelte bereits 1932 in der Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus. Diese Gleichsetzung hatte vor 1933 noch eine andere Bedeutung als nach der Shoah. Aber wenn antizionistische, antiimperialistische Linke nach 1948 gegen den jüdischen Staat hetzten, konnten sie auf ein Muster an Metaphern, Sprachbildern und Darstellungen zurückgreifen, die schon vor 1933 etabliert waren.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2003): Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment [1955], in: Adorno, Theodor W.: Soziologische Schriften II. Bd. 2, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 121–324.
- Berg, Nicolas (2023): „Prozeß gegen die deutsche Geschichte“. Zur Neuausgabe der Quellensammlung *Der Berliner Antisemitismusstreit*, in: *Jungle World*, 16, 2023, 18–23.
- Berger, Joseph (1971): Shipwreck of a Generation. The Memoirs of Joseph Berger, London: Harvill.

- Bernstein, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Budeiri, Musa (2010): The Palestine Communist Party 1919–1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism, Chicago: Haymarket [1979].
- Dietrich, Christian (2021): Im Schatten August Bebel's. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932, Göttingen: Wallstein.
- Dokumente (1997): Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922–1948), Offenbach: Olga Benario und Herbert Baum.
- Globisch, Claudia (2013): Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS.
- Grigat, Stephan (2014): Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung, Hamburg: Konkret.
- Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition.
- Keffler, Mario (1994): Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1994: Decaton.
- Kiefer, Michael (2002): Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer des Feindbildes, Düsseldorf: BoD.
- Kloke, Martin W. (1992): Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main: Haag & Herchen.
- Krämer, Gudrun (2003): Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, München: C.H.Beck.
- Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg: Hamburger Edition.
- Nicosia, Francis R. (2012): Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich, Göttingen: Wallstein.
- Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich, Frankfurt am Main: Campus.
- Schmidt, Holger J. (2010): Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax“. Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945, Bonn: Bouvier.
- Segev, Tom (2005): Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, Berlin: Pantheon.
- Stein, Timo (2011): Zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Antizionismus in der deutschen Linken, Wiesbaden: Springer VS.
- Strobl, Ingrid (1995): Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und die deutsche „Vergangenheitsbewältigung“, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archis.
- Trepper, Leopold (1975): Die Wahrheit. Autobiographie, München: Kindler.
- Ullrich, Peter (2013): Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen: Wallstein.

